

# Senftenberger Anzeiger

Nachrichtsblatt und Anzeiger für den Niederlausitzer Industriebezirk, insbesondere für den Amtsgerichtsbezirk Senftenberg  
Fernsprech-Anschlüsse: Senftenberg 493 und 510, Ruhland 207, Orttrand 48, Lautawerk 221



Tageszeitung für Stadt und Land  
Publikations-Organ für die Reichs-, Staats- und Kommunal-Behörden  
Geschäftsstelle: Senftenberg N.-L., Am Markt Nr. 11  
Druckerei: Loughstraße Nr. 19

Verlag und Notationsdruck von Gebrüder Grubmanns Buchdruckerei in Senftenberg, Ruhland und Orttrand - Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungs-Verleger  
Redaktion: Senftenberg, Laugstraße 19 - Berliner Redaktion: Berlin SW 61, Blücherstraße 12 - Fernruf: Baerwald 5014

103. Nr. 1933

Erheben eines monatlichen (einst. Satz und feiertag). Bezugspreise für den Geschäfts- und den Abholstellen monatlich 20 Pf., einzelner Nummer je nach Umfang 10 und 16 Pf., Monats- zahlen 1,80 Pf. Durch den Zeitungsboten frei und ganz geliefert monatlich 20 Pf. mehr durch die Post freiszahlen.

Donnerstag, den 4. Mai 1933

Anzeigenpreise: Die einseitige Spaltenbreite über deren Stamm 9 Pf., bei letzten Anzeigen 6 Pf., für amtliche Anzeigen 20 Pf., im Restenteil 6 Pf., Einzelzeile 4 Pf., Anzeigen mit Auslieferung oder Abholung 20 Pf. mehr. Kleine Anzeigenzeile 1 Pf. bis zu 2 Zeilen.

58. Jahrgang

Allen schriftlichen Anträgen ist Rückporto beizufügen.  
Bei Wiederholungen von Anzeigen wird Abgabe gewährt, der größeren und öfteren Aufträgen Umlageabbau nach feststehendem Tarif. Der Rabatt ist nur bei Vorzahlung innerhalb 10 Tagen gültig, bei späterer Zahlung und bei Kontoführen erfolgt der Rabattanspruch für unbedingte geschriebene Anzeigen. Rückträge durch Berechnungsfehler sowie Erscheinungen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Wägen wird keine Gewähr übernommen. Anzeigenannahme bis 9 Uhr vormittags, für spätere Anzeigen am Tage vorher. Unzulässig sind Anzeigen, die auf Erregung der öffentlichen Meinung abzielen. Der Redakteur ist nicht verantwortlich für die Rückgabe von Anzeigen, die nicht zur Veröffentlichung geeignet sind. Die Redaktion ist nicht verantwortlich für die Rückgabe von Anzeigen, die nicht zur Veröffentlichung geeignet sind.

## Einheitsfront für die deutsche Arbeit.

### Der Klassenkampfgedanke ist verschwunden.

Mit spielender Leichtigkeit hat die deutsche nationalsozialistische Bewegung nun auch den zweiten Stützpunkt des Marxismus überannt: die Freien Gewerkschaften. Aber diesen Stützpunkt wird nun nicht etwa zerstört, sondern er wird mit veränderter Front ausgebaut werden. Man wird ihn erweitern, bis er Raum bietet für die gesamte deutsche Arbeiterklasse. Gleichzeitig wird sich neben ihm ein zweiter erheben, der die Angehörigen der Dienstleistungsbetriebe umfaßt, und dann wird sich beides zusammenschließen zu einer gemeinsamen Front der deutschen Arbeit.

Es ist den Freien Gewerkschaften zu einem ungeahnten Verhängnis geworden, daß ihr Entstehen, ihre Ausbreitung und ihr Emporwachen sich im wesentlichen auf dem Boden des marxistischen Klassenkampfes vollzogen haben. Für jeden Freien Gewerkschaftler war es eine Selbstverständlichkeit, daß er politisch zum Sozialismus gehörte, und im Laufe der Jahrzehnte wurde das Bündnis zwischen Sozialismus und Freien Gewerkschaften immer fester ausgebaut. Auf dem Wege über die Gewerkschaften kamen die meisten Funktionäre der Sozialdemokratischen Partei auf der politischen Stufenleiter empor, und zu dieser personellen Einigung trat auch die sachliche insofern, als in dem 1918 demokratisch gewordenen Deutschland die gewerkschaftlichen Organisationen leicht ihre wirtschaftlichen, ihre Lohn- und tarifpolitischen Forderungen mittels der sozialdemokratischen bedienten Gesetzgebungsmaschine durchsetzen konnten. Immer vollzog sich aber alles sowohl für die politischen wie für die wirtschaftlichen und sonstigen Maßnahmen von der Grundlage des marxistischen Klassenkampfgedankens aus.

Nachdem, fast ein Jahrzehnt hindurch konnten die Freien Gewerkschaften auf diesem Wege ihre Lohn- und tarifpolitischen Siege errichten, — aber als nun die Wirtschaftskrise hereinbrach und, nicht ohne Verschulden der Gewerkschaften selbst, Opfer um Opfer forderte, da dümmerte es auch in den Kreisen dieser Gewerkschaften auf, daß jener Sieg über die wirtschaftliche Vernunft nur ein Pyrrhusischer gewesen war. Es waren Lohn- und Tarif, ja überhaupt Sozialpolitik fortzusetzen in die freie Luft hinaus gemacht worden. Man konnte sich fanatisch dagegen, daß jede gesunde Sozialpolitik abhängig ist bzw. gemacht werden muß vom Zustand und Ertrag der Wirtschaft selbst. Niemand haben die Freien Gewerkschaften aber grundsätzlich die Forderung nach einer Sozialisierung der Wirtschaft aufgegeben, weil sie eben auch hierin immer nur von der Grundlage des Klassenkampfgedankens ausgingen.

Es hätte in den letzten Zeiten fast den Anschein gehabt, als hätten auch die Freien Gewerkschaften ein ganzes Bündel Haare in der politischen Suppe gefunden, die sie früher gemeinsam mit der Sozialdemokratischen Partei nur allzu gern ausgeleckt hatten. Man suchte sich ein wenig von „der Partei“ zu distanzieren, weil man die politische Verantwortung für die innerdeutschen Vorgänge

der letzten Jahre nicht mehr tragen konnte. Aber doch die Gewerkschaften immer mit einem Auge nach hinten blickend, sehr genau beobachtet und bisweilen auch berücksichtigt, was der kommunistische Bruder eigentlich trieb, die knallrote Konkurrenz, die sich zwar wenige Gewerkschaften, wohl aber politisch auf Kosten der Sozialdemokratie immer mehr vergrößerte. Die Sozialdemokratie selbst zeigte schon entschiedene Züge von Altersschwäche und die Gewerkschaften mußten es erleben, wie unter dem Druck der Krise immer eine „Erregungsfähigkeit der Revolution“ nach der anderen abdrückte, ohne daß diese Wirtschaftsorganisationen große Teile der Arbeitnehmerklasse etwas dagegen machen konnten.

Die eigentliche, also die marxistische Grundlage, der Klassenkampfgedanke, der freilich bei den Gewerkschaften schon stark erschüttert war, ist nun vom Stoch des Nationalsozialismus zu Scherben zerfallen worden. Was dieser Stoch aber sorgfältig vermeidet und vermeiden will, ist eine Zerstückung der in den Gewerkschaften zusammengewinkelten Vertreter der wirtschaftlichen Interessen unserer Arbeiterklasse. Es war eine Selbstverständlichkeit geworden, den Marxismus aus seiner Lehren, aber festhalten Position herauszunehmen. Die deutsche Arbeit soll befreit werden vom internationalen Parasitentum, denn nun wird auch bei den Gewerkschaftsführern die Untersuchung einsehen, die anderswo schon zu überaus betrüblichen Ergebnissen geführt hat. Aus der Tempelhof-Runnbau wurde hunderttausend Stunden früher

schon die Schlussfolgerung gezogen. Höchstens aber dem Ausland noch kann es überraschend gekommen sein, daß der Sturm auf die Festung nur sozusagen ein Hindurchmarschieren durch offenkundige Tore war und die Festung gar nicht mehr verteidigt wurde.

„Es gilt von heute ab, den deutschen Arbeiter in seiner Gesamtheit zu gewinnen, auch jene, die noch absteifen, es sind nicht die Schicksalenen.“ Mit diesem Satz hat der Führer der nationalsozialistischen Aktion gekennzeichnet, welches Ziel ihr gesteckt worden ist und in welcher Richtung der Weitermarsch erfolgen soll.

### Die Führung der neuen Arbeitsfront.

Dr. Ley, Schaubmann und Förster.

Der Leiter des Aktionskomitees zum Schutze der deutschen Arbeit, Dr. Ley, veröffentlicht folgende Erklärung: „Alle bisherigen Meldungen über den zukünftigen Gewerkschaftsaufbau sind entbehren jeglicher Grundlage und sind leere Kombinationen, die als Zweckmeldungen bestimmter Quertreiber aufzufassen sind. Um diesen Quertreibern jeden Boden zu entziehen, wird folgende Beschlüsse: Ich selbst übernehme die Führung der neu aufzubauenden Arbeitsfront. Zum Führer der gesamten Arbeiterverbände bestimmte ich den Parteigenossen Walter Schubmann, M. d. R., Berlin. Zum Führer der gesamten Angestelltenverbände bestimmte ich den Parteigenossen Albert Förster, M. d. R., Danzig.“

## Arbeitsdienstplicht ab 1. Januar 1934.

Staatssekretär Hiert über die Neuregelung.

Der Staatssekretär für den Arbeitsdienst, Oberst Hiert, hat einem Vertreter der Kreuz-Zeitung über den geplanten Umbau des Freiwilligen Arbeitsdienstes zur Arbeitsdienstplicht einige grundsätzliche Mitteilungen gemacht.

Denach soll der Freiwillige Arbeitsdienst nach bisheriger Methode ab 1. Oktober 1933 durch einen staatlichen Arbeitsdienst abgelöst werden, der zunächst ebenfalls noch freiwillig ist und ein Arbeitsheer von 120 000 Mann umfassen soll. Die Arbeitsdienstplicht soll mit dem 1. Januar 1934 einsetzen, und zwar soll dann der Jahrgang herangezogen werden, der im Jahre 1934 das 19. Lebensjahr beendet.

Da es nicht möglich sein wird, den ganzen Jahrgang auf einmal einzuziehen, wird man je die Hälfte des Jahrganges auf ein halbes Jahr zum Dienst heranziehen. Dieses Arbeitsdienstheer wird voraussichtlich 350 000 Mann umfassen. In den folgenden Jahren sollen die ganzen Jahrgänge geschlossen für ein ganzes Jahr ein-

gezogen werden. Die Führer des Arbeitsdienstes sollen nach Möglichkeit zunächst aus den Reihen der bisherigen Lagerführer entnommen werden.

### Arbeiten für die Beschäftigung der Arbeitsdienstplichtigen

werden, wie Staatssekretär Hiert mitteilt, in ausreichender Menge vorhanden sein. Allein für Bodenverbesserungsarbeiten können auf mindestens zehn Jahre acht bis neun Millionen Mann eingesetzt werden. Auch bei den Arbeitsbeschäftigungsplänen der Reichsregierung ist die Heranziehung der Arbeitsdienstplichtigen in Aussicht genommen. Staatssekretär Hiert betonte am Schluß seiner Ausführungen, daß es unbedingt notwendig sei, daß nunmehr eine amtliche Stelle geschaffen wird, die die gesamte Arbeitsbeschäftigung für den staatlichen Arbeitsdienst einheitlich in die Hand nimmt. Finanzielle Schwierigkeiten dürfen kein Hindernis für die Durchführung staatspolitischer notwendiger Aufgaben bilden.

## Schwerer Wolfenbruch über dem Jagsttal.

Stuttgart, 4. Mai.

Am Mittwochnachmittag ging über das Jagsttal bei Schöntal und Umgebung ein schwerer Wolfenbruch nieder. Innerhalb weniger Minuten konnte der Hagel nach dem von den Höhen herabdröhnenden Wassergeräusch nicht mehr fallen. Nachdem der Bachbett am Kloster gebrochen war und das Wasser die Klostermauer auf eine Länge von 10 Meter eingedrückt hatte, war in kurzer Zeit der Klosterhof ein großer See. Eine neben dem Kloster stehende Scheune wurde in wenigen Minuten weggerissen. Nach dem Einbruch des Wassers in den hinteren Klostergarten bahnte sich das wütende Element seinen Weg durch die Kirche und die Gänge des Seminars, so daß das Wasser an der Freitreppe meterhoch heranschob. Rasigfließende Berge und Röhre waren bis zum Hals hilflos im Wasser, Schweine und Hühner ertranken. Landwirtschaftliche Maschinen und Haushaltsgeräten wurden von den Wassermaßen mitgerissen. Aus den niedrig gelegenen Wohnungen mußten Frauen und Kinder herausgetragen werden. Erst nach zwei Stunden war die größte Gefahr beseitigt, jedoch ist der Sachschaden ungeheuer.

### Chefbesprechung über die Richtlinien für berufsständische Sozialordnung.

Berlin 4. Mai. (Eig. Funkm.) Am Donnerstag um 16.15 Uhr findet unter Vorsitz des Reichsministers eine Chefbesprechung statt, in der die Richtlinien für berufsständische Sozialordnung behandelt werden sollen. An der Besprechung nehmen teil Vizeminister von Papen, die Reichsminister Selbke, Graf Schwerin von Krosigk, Dr. Hugenberg, Freiherr v. v. Münnich und Göring, sowie der preussische Finanzminister Voigt.

### Erhebungen für Hindenburg und Hitler.

Dresden, 4. Mai. (Eig. Funkm.) Der Landesauschuss des Verbandes schweidischer Landgemeinden, der über 2000 Landgemeinden umfaßt, beschloß einstimmig, dem Regierungspräsidenten und dem Reichsminister die gemeinsame Ehrenbürgererschaft aller Verbandsgemeinden anzutragen.

### Der schwedische Handelsminister

Stockholm, 4. Mai. (Eig. Funkm.) In der Angelegenheit der Angriffe des schwedischen Handelsministers auf deutsche Regierungsmitglieder veröffentlichen die Morgenzeitungen am Donnerstag eine Verlautbarung des schwedischen Außenministers, in der er erklärt, daß die Rede des Handelsministers vom 1. Mai in der Presse unrichtig wiedergegeben worden sei. Der deutsche Geschäftsträger sei entsprechend unterrichtet worden. „Sensita Dagbladet“ knüpft hieran die Warnung, daß der Handelsminister sich in Zukunft überflüssiger außenpolitischer

Gedankengänge enthalten möge im Interesse seiner Regierungsvorgesetzten und der schwedischen Handelsbeziehungen.

### Der französische Haushaltsplan vor dem Senat.

Paris, 4. Mai. (Eig. Funkm.) Der französische Senat beginnt heute nachmittag die Beratung des allgemeinen Haushalts für 1933, der vor den Oberkammern von der Kammer verabschiedet wurde. Die demokratische Linke, die den Radikalsocialisten in der Kammer entspricht und die Mehrheit des Senats bildet, hat sich bereits am Mittwoch veranlaßt und den Vorschlägen des Finanzanschlusses zugestimmt, der einen weitgehenden Haushaltsausgleich wünscht. Die Senatsberatungen werden mit dem Haushalt für das Außenministerium beginnen.

### Japan verlangt Flottenleichheit mit Amerika und England.

Tokio, 4. Mai. (Eig. Funkm.) Der bekannte Sprecher des japanischen Außenministeriums deutete am Mittwoch an, daß Japan auf der Flottenkonferenz im Jahre 1935 die grundsätzliche Flottenleichheit mit England und Amerika verlangen werde. Zur Begründung dieser Forderung bemerkte er, daß auch Deutschland die Gleichberechtigung verlangt habe, obgleich es im Argege beflegt worden sei. Die Einigkeit sei eine der lebenswichtigen Angelegenheiten und die einzige Grundlage, die die Staaten heute annehmen könnten. Die japanische Erklärung sei nicht als eine Weigerung Japans aufzufassen, seine Rüstungen herabzusetzen. Die Politik Japans hinge jedoch von derjenigen anderer Staaten ab.

## Letzte Nachrichten.